

### Neue Fronten?

Umbildung der bürgerlichen Parteien — Revolutionärer Kampf  
Dringliche Reformen

Der Tod des Reichsaußenministers Dr. Stresemann brachte die innenpolitische Debatte mächtig in Fluß. Im Vordergrund stehen die Vorgänge in der verwaisten Deutschen Volkspartei, die immer noch keinen Nachfolger für den verstorbenen Parteivorsitzenden gefunden hat. Nach Herrn v. Kar-dorff, der sich längst kräftig in Erinnerung brachte, indem er sich öffentlich für ein Zusammengehen aller bürgerlichen Elemente einsetzte, hat jetzt der Reichstagsabgeordnete Dr. Cremer sich gemeldet und sehr entschieden vor dem „Spiel mit der Krise“ gewarnt. Dr. Cremer tritt offen dafür ein, daß der Fraktionsführer Dr. Scholz zum Parteivorsitzenden gewählt wird. Er bemerkt, daß die politische Grundeinstellung und das staatspolitische Pflichtgefühl von Dr. Scholz in der Deffektivität vielfach verkannt wird, obwohl die Politik Dr. Stresemanns seinen energischeren Bundesgenossen in der Partei und Fraktion besah, als ihn.

Da der Deutschen Volkspartei wünscht man keine Regierungs-krisis. Eine Aenderung der Regierungsmehrheit, schreibt Dr. Cremer, liegt das Vorhandensein politischer Gruppen voraus, die an Stelle auscheidender Parteien fähig und bereit sind, in die Verantwortung zu treten. Ein politischer Kurswechsel hängt von dem Vorhandensein einer deutschnationalen Partei ab, die ein anderes Gesicht zeigt, als das des Herrn Fugenberg, und die bereit ist, die Rolle einer konservativen Partei auf dem Boden der Republik zu spielen, während doch die gegenwärtige deutsch-nationale Führung es von sich weiß, diesen Boden auch nur zu betreten. Der Ruf nach einer neuen großen bürgerlichen Partei der Mitte dürfte im gegenwärtigen Augenblick leichter in eine Staatskrise hineinführen, als aus ihr heraus.

Die Führung der deutschnationalen Volkspartei durch den Abgeordneten Fugenberg wird, wie die Dornumder Rede des Zentrumsführers Dr. Kaas zeigte, auch in den Reihen des Zentrums peinlich empfunden. Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei sind eben in ihrer politischen Bewegungsfreiheit un-erträglich gebunden, weil sie keine Wahl mehr haben, eine Koalition auch nach rechts hin zu bilden. Da sie an der Reichsregierung beteiligt sein wollen, so können sie unter den heute gegebenen Verhältnissen nur eine Koalition mit der Sozialdemokratie eingehen, was notwendigerweise dazu führen muß, dieser Partei eine starke Vormachtstellung zu geben. Diese Tatsache hat wohl nicht gerade dazu geführt, wie vor einigen Tagen die „D. A. S.“ schreibt, daß wir mitten in einem „revolutionären Kampf“ uns befinden, wohl aber zu der Erkenntnis, daß eine deutsche Rechtspartei, die auf dem Boden der Verfassung steht, zu einer staatspolitischen Notwendigkeit geworden ist. Es sind die Pläne zu verstehen, die auf eine Schaffung einer neuen großen bürgerlichen Partei von Einbeiner-Wilbau bis Fischer-Röhren hinführen. Es läuft ungefähr auf das gleiche hinaus, wenn die Parole ausgegeben wird: Von Lambach bis Lemmer. Im deutschnationalen Lager haben alle diese Rufe bis jetzt kein Echo gefunden. Die maßgebenden Kreise der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei verhalten sich diesen Plänen gegenüber völlig ablehnend. Dennoch scheint es uns verfehlt, an diesen Entwicklungstendenzen achtlos vorbeizugehen.

Was die nächsten Monate uns innenpolitisch bringen werden, wissen wir nicht. Allgemein wird jedoch empfunden, daß schwere innenpolitische Machtkämpfe unmittelbar bevorstehen. Alle wirklichen Reformen innenpolitischer Natur wurden in den letzten Jahren auf die lange Bank geschoben: die Reichsneugliederung, die Aenderung des Wahlrechts, die Par-lamentsreform, die Reichsfinanzreform, die Umänderung der Arbeitslosenversicherung, die Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern und andere Fragen mehr. Was in fünf Jahren unterlassen wurde, soll jetzt in den nächsten fünf Monaten geschafft werden.

Das deutsche Volk will von einer verschlossenen parlamentari-schen Demokratie zweifellos nicht viel wissen. Es ist deshalb Zeit, daß Reichsregierung und Reichstag energisch an die Arbeit gehen und sich ihrer Verantwortung dem Volke gegenüber be-wußt werden. Reichstagsabgeordneter Hellpach hat fraglos recht, wenn er in diesen Tagen schreibt: „Die nicht abzehende Kette der Korruptionsfandale, der Mißbrauch der Arbeitslosen-versicherung, die unaufhörlichen Zusammenbrüche altangesehener mittlerer und die bedrückenden Zusammenballungen riesenhafter Wirtschaftsumrechnungen, beides von massenhafter Stellenlosigkeit gefolgt, die wirtschaftspolitische Hilflosigkeit der Regierung und nicht zuletzt die immer ärgere Parteigängerkorruption in der Stellenbesetzung züchten und mehren jene dumpfe Triebkraft gegen den heutigen Staat sich lehrende Mißgunst und tagtäglich.“

Entscheidendes für die Zukunft unseres Reiches wird davon abhängen, ob in den kommenden Monaten für die richtige Stunde ein Kreis erleuchteter und entschlossener Männer bereit steht, das lapidare Wort Ferdinand Lassalles aus den Anfängen der großen preussischen Staatskrise der sechziger Jahre wahr zu machen: „Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit, denn“, so fährt Lassalle fort. „alle politische Kleingeisterei besteht im Verschweigen und Ver-mänteln dessen, was ist.“ Die deutsche Reichsregierung und der deutsche Reichstag werden sich zu großen innenpolitischen Ak-tionen aufraffen müssen, wenn sie den Forderungen der Stunde gerecht werden wollen.

### Reform der Krankenversicherung?

Im Reichsarbeitsministerium wird, wie die „Vof-fische Zeitung“ berichtet, demnächst eine Besprechung über den Ausbau der Krankenversicherung stattfinden. Als Unterlage der Besprechung sollen die in einem Referentenentwurf aufgestellten Grundsätze dienen, da ein Gesetzentwurf noch nicht vorliegt. Es soll, dem genannten Blatt zufolge, geprüft werden, inwieweit der Kreis der Versicherten und das Ausmaß der Ver-sicherungen den sozialen Bedürfnissen besser angepaßt werden können. Insbesondere soll der Familienschutz der Krankenversicherung durch verschiedene Maßnahmen (Krankenkasse für Familienangehörige, Familienzulagen zum Kranken- und Hausgeld) verbessert werden. Der zweite Teil der Erörterungen wird sich mit dem Auf-bau der Krankenversicherung befassen. Es ist geplant, für das ganze Reich einen Hauptausschuß für Kran-kenversicherung zu bilden, in dem die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Verbände der Krankenkassen, die Ärzteverbände und die soziale Medizin vertreten sind. Dieser Hauptaus-schuß soll für die Durchführung der Krankenver-sicherung Richtlinien aufstellen.

# Was ist des Deutschen Vaterland?

Das sind Sorgen, Sorgen!

Die Pressestelle des mecklenburgischen Staatsmini-steriums teilt mit:

„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat beim Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Wir fragen an, ist es der Regierung bekannt, daß sich seit Wochen in Schwerin und Ludwigslust, vornehmlich aber in Parchim dauernd preussische Krimi-nalbeamte aufhalten die hier scheinbar Ueberwachungs-dienst leisten?“

Ist es der Regierung weiter bekannt, daß diese Polizeibeamten sich gewisser Vorkriegsbedienen, die hier im Lande teils Besitz erworben haben oder sich als Geschäftsfreisende im Lande herumtreiben?

Eine derartige Methode der preussischen politischen Polizei führt nicht nur allein zur Aufreißung der Be-völkerung, sondern sie verstößt auch gegen die Reichs-verfassung. Die souveränen Rechte des Landes werden von der preussischen Polizei dauernd mit Füßen ge-treten.

Unsere Landespolizei ist tüchtig und stark genug, um allein Ordnung zu halten, vor allen Dingen sind wir es unerhört, daß besonders unsere Partei-mitglieder und einzelne Gruppen scheinbar von preu-ßischen Beamten überwacht werden.

Wir erklären: Unsere Mitglieder sind jederzeit bereit, der Landespolizei Rede zu stehen und Auskunft zu geben, betrachten es aber andererseits als Provokation und Herausforderung, wenn preussische Polizei sich in unsere Landesverhältnisse einmischt.

Ganz unerhört ist es, wenn die Versammlung des Landtagsabgeordneten Steinfort-Schwerin am Dien-stag, dem 10. September, in Parchim in der Zenträl-halle, aller Wahrscheinlichkeit nach durch einen preu-ßischen Polizeibeamten, überwacht wurde, der in un-mittelbarer Nähe des Redners saß.

## Eine Unterseebootsfahrt vor dem Reichsgericht

Landesverratsprozeß nach elf Jahren

In einer Besprechung des Jahres 1918 hatte das deutsche Unterseeboot U. C. 56 unter dem Kommando des Kapitänsleutnants Kiewewetter im Bristolkanal ein englisches Schiff, angeblich ein Lazarettschiff, torpediert. Auf einer Fahrt nach dem Mittel-meer erlitt U. C. 56 einen Maschinendefekt und mußte einen spani-schen Hafen anlaufen und wurde im Mai 1918 interniert. Die Besatzung wurde in dem Internierungslager Alcala unterge-bracht. Nach Aufhebung der Internierung im April 1919 wurde Kapitänsleutnant Kiewewetter von einem neutralen Schiff in einem englischen Hafen heruntergeholt, und es wurde gegen ihn ein Verfahren vor einem englischen Gericht wegen der Torpedierung eines Lazarettschiffes eingeleitet. Das Verfahren mußte jedoch niedergeschlagen werden, da das Schiff nicht die für Laza-rettschiffe vorgeschriebenen Zeichen getragen hatte. Unter dem Verdacht, den Kapitänsleutnant bei den englischen Behörden durch Vermittlung eines ebenfalls in Alcala internierten Sergeanten der Kameruner Schutztruppe namens Verbooth, der als feindlicher Agent galt, denunziert zu haben, wurden nach ihrer Rückkehr der Maschinistenmaat Joseph Engelhardt und der Obermatrose Red unter Anklage gestellt. Durch Urteil des Obertribunalsgerichts beim Kommando der Marinestation der Offize vom 27. September 1919 wurden sie auch verurteilt. Das Reichsmilitärgericht hob dieses Urteil jedoch am 28. Januar 1920 wieder auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an die Vorinstanz. In-folge der Aufhebung der Militärstrafgerichtsbarkeit wurde dann das Reichsgericht zuständig. Da der Aufenthalt der beiden An-geklagten längere Zeit nicht ermittelt werden konnte und sich auch die Zeugenvernehmung, die teilweise im Auslande erfolgte, sehr langwierig gestaltete, kam die Verhandlung erst jetzt zur Durch-führung. Am gestrigen Freitag hatten sich Engelhardt, der jetzt 33 Jahre alt ist, und in Hamburg als Vertreter einer elektrischen Firma wohnhaft ist, und Red, der jetzt 37 Jahre alt ist und bei der Lagerbaugesellschaft in Bremen tätig ist, vor dem 4. Straf-senat des Reichsgerichts wegen versuchten Landesverrats zu ver-anworten. Obwohl die Verhandlung starke Verdachtsmomente ergab, sprach das Gericht die Angeklagten, dem Antrag des Reichsanwaltes folgend frei, da nicht erwiesen werden konnte, ob Verbooth, der nach der Internierung nach Fernando Po über-siedelte, tatsächlich ein feindlicher Agent war, oder ob die Ange-klagten ihn nur für einen solchen gehalten hätten. Auch daß die Angeklagten selbst der englischen Botschaft in Madrid gelegent-lich einer Bahnfahrtsreise, die sie dorthin unternommen hatten, das Material über Kiewewetter ausgeliefert hätten, war nicht er-weislich, wenn sie auch vorher davon gesprochen hatten, daß man auf diese Weise leicht 500 Peseten verdienen könnte. Es war nicht von der Hand zu weisen, daß die englischen Behörden auch auf andere Weise von den Vorgängen bei der Torpedierung er-fahren haben können. Infolgedessen habe Freispruch erfolgen müssen.

### Rufe nach Aman Allah

Die Lage in Afghanistan

„Daily Telegraph“ berichtet aus Allahabad: Den letzten Nachrichten aus Afghanistan zufolge nehmen die Anzeichen für eine Bewegung gegen Radir Khan zu. Nicht nur die Royalisten in Kabul waren gegen Radir Khans Thronbesteigung, sondern auch die Waziris sollen energisch dagegen Einspruch erhoben haben. Sie er-klärten, Radir Khan habe ihnen versprochen, er werde,

Gegen Aben Mundgeruch. „Ich will nicht veräumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur meine weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr „Chlorodont“ aufs beste empfehlen.“ Gez. E. W. Waing. — Ueberzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnpulver 1,25 Mk., für Kinder 70 Pfg. Chlorodont-Mundwasser 1,25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Wir fragen daher die Regierung:

Ist ihr diese Tatsache bekannt, wenn ja, was denkt sie zu tun, um derartige Mißachtung seitens preussischen Staates der souveränen Rechte des Land mecklenburg in der Zukunft zu verhindern, insbeson-dere dieser dauernden Beunruhigung der Bevölkerung ein Ende zu machen.“

Das Staatsministerium hat hierauf die na- stehende Antwort erteilt:

„Dem Staatsministerium ist nicht bekannt, daß dauernd preussische Kriminalbeamte in Schwerin, Ludwigslust und Parchim polizeiliche Tätigkeit ausüben. Die angestellten Ermittlungen haben nichts ergeben, was zu dieser Annahme berechtigt. Es ist lediglich festgestellt worden, daß sich vor einiger Zeit in Parchim ein preussischer Landjägermeister Hinterland zum Auf-such seines Schwiegervaters, des Sattlermeisters G-bow, aufgehalten hat. Mit diesem zusammen hat anscheinend die Versammlung des Landtagsabgeord- neten Steinfort am 10. September 1920 in Parchim eine Privatperson aufgesucht, wobei er selbstverständlich ei-bienliche Tätigkeit nicht entwickelt hat. Außerdem ist sich in Parchim vorübergehend ein beurlaubter pre-ßischer Jollauffeher, ebenfalls zum Besuch von Be-wandten, aufgehalten. Da dessen Uniform derjenige der preussischen Landjägerbeamten ähnlich ist, wie sein Erscheinen in Parchim zu Verwechslungen An-lage gegeben haben.“

Das Staatsministerium würde auch selbstverständ-lich eine selbständige dienliche Tätigkeit preussischer Kriminal- oder Polizeibeamten in Mecklenburg-Schwerin nicht dulden.“

Wann werden wir endlich ein deutsches Land haben?

wenn sein Feldzug gegen Baha i Salas Erfolg hat Aman Allah die Herrschaft anbieten. In Erwiderung eines Telegramms des Außenministeriums in Kabul in dem er erucht wird, als Radir Khans Hand-agent in Peshawar zu fungieren, hat es Abdul Hak aus neue abgelehnt, Radir Khan als Herrscher zu-erkennen. Abdul Hakim verfügt über 2,25 Mil-lionen Pfund Sterling der afghanischen Regierung. Er hatte es seinerzeit abgelehnt, irgendeinen Teil die-ses Geldes an Baha i Salas auszubringen. Auch Radir Khan ist demnach von ihm abgewiesen worden, und Radir Khan dringend Geld braucht, fragt man sich, die Korrespondenten des „Daily Telegraph“ zufolge, welche Entwürfe folgen werden.

### Anlage gegen Woldemaros!

Die Vossische Zeitung meldet aus Rom: Wie wir von der verlässiger Seite erfahren, erwägt die Regierung Kubelitz gegen Woldemaros Anlage wegen Verschleuderung von Regierungsgeldern zu erheben. Woldemaros soll kurz vor seinem Ein-tritt aus dem Dispositionsfonds von zwei Millionen, der dem Ministerpräsidenten zusteht, einen großen Betrag abgehoben haben ohne Rechnung über die Verwendung zu legen. Woldemaros soll vor seinem Sturz einen nicht unbedeutenden Betrag an sich heimlich nachgehoben „Einkommen Woll“ gegeben haben. Frühere Ministerpräsidenten wurde in einer Sitzung des neu-ministeriums zu der Angelegenheit vernommen, seine Rechtfertigung scheint aber keinen günstigen Eindruck gemacht zu haben.

### Pressfreiheit in Polen aufgehoben

Die Donnerstagsausgaben der Polonia, der Gazeta Koba-nia und des Kurier Sionski in Kattowitz wurden wegen Ver-öffentlichung eines Aufrufes zu einer Demonstration gegen die Unterdrückung der Pressfreiheit, die von den Konstantin der nationalen polnischen Arbeiterpartei sowie den polnischen Sozialdemokraten einberufen worden war, beschlagnahmt. In die gestrige Ausgabe der Polonia wurde wegen des Kommentars zur gestrigen Beschlagnahme vom Senfor zurückgehalten.

### Berurteilung eines arabischen Führers

Der Scheich Saleh Marash wurde als Anstifter der arabischen Anriße gegen Febron zu zwei Jahren Gefängnis und 50 Pfund Sterling Geldstrafe verurteilt. Bei diesen Ueberfällen die zur Zeit der letzten Anrißen in Palästina unternommen wurden, wurden 46 Juden und acht Araber in Febron getötet.

### Die Ursache des Nürnberg Eisenbahnunglücks

Aus unterrichteten Kreisen der Reichsbahnverwaltung erfahren wir über die Ursachen des zusammenstoßes bei Reichelsdorf, daß die unmittelbare Ursache des Unglücks das Ueberfahren des Haltesignals durch den München-Berliner Zug D. 39 ist. Ueber das Ausmaß der Schuld einzelner Beamten wird erst die gerichtliche Untersuchung, die von den örtlichen Gerichten und Polizeibehörden eingeleitet ist, Genaueres ergeben können. Ansehend hat der Fahrdiskensteier vor-schriftswidrige Fahrdienstbefehle gegeben, so daß der Fahrer des D. Zuges 39 sich zum Ueberfahren des Haltesignals für berechtigt halten konnte. Von den Verletzten befindet sich keiner in Lebens-gefahr. Ihr Zustand ist verhältnismäßig gut. Der zuerst als schwerverletzt gemeldete Mario Serra aus Rom ist nur leicht verletzt.

Man soll des Guten nicht zuviel tun, darum sei wieder-darauf hingewiesen, daß Maggi's Würze gerade bei sparsamer Verwendung ihre vorzügliche Wirkung entfaltet. Wenige Tropfen genügen, um schwache Suppen und Soßen überraschend zu verbessern und den Geschmack von Gemüsen und Salaten zu verbessern.